

Das Wochenmagazin der SPÖ

SPÖ

Aktuell

„Österreich 2020“ -
Kommentar von
Christoph Matznetter

Dezember 2010 - Nr. 42 - 0,73 Euro



2011 wird
das Jahr der
Schulreform!

**Nach PISA:
Schluss mit Bildungsblockaden**

Die Ergebnisse der PISA-Studie sind kein Ruhmesblatt für Österreich – aber ein Arbeitsauftrag, die Bildungsreformen weiter voranzutreiben. Finnland, das sich seit Jahren unter den Spitzenreitern befindet, zeigt wie's geht: Das gegliederte Schulsystem, in dem Kinder zu früh selektiert werden, wurde entsorgt. In Finnland gibt es keinerlei äußere Differenzierung in Schultypen, Förderung wird groß geschrieben und Ganztagschulen sind die Norm. Was heißt das für Österreich? Die von Bildungsministerin Claudia Schmied eingeleiteten Reformen müssen konsequent weitergeführt werden! Und das bedeutet, dass das Erfolgsmodell Neue Mittelschule als Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule, endlich aus ihrem 10-Prozent-Stadium herausgelöst und zur hierzulande üblichen Schulform werden muss. Dazu gibt es keine Alternative, will Österreich nicht einen bleibenden Schaden erleiden – als Land, das strukturelle Analphabeten heranzieht. Für die Hinhalte- und Blockade-Politik der ÖVP in Sachen Schulreformen ist nun keine Zeit mehr. Bundeskanzler Werner Faymann betont daher unmissverständlich, dass genug Konzepte gewechselt wurden: „2011 muss das Jahr der Entscheidungen sein.“

Eure Redaktion

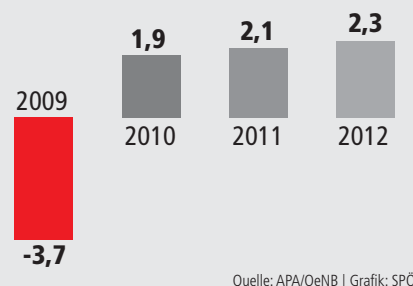
Highlights der Woche

Die PISA-Analyse	4
Zwei Jahre Regierung Faymann	6
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	7
Änderungen im SPÖ-Statut	10
„Österreich 2020“-Kommentar von Christoph Matznetter	14

THEMEN DER WOCHE

Wirtschaft wächst stärker als erwartet

BIP-Wachstum in % zum Vorjahr



Optimistische OeNB-Prognose

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) sieht die weitere Wirtschaftsentwicklung in Österreich noch optimistischer als zur Jahresmitte und hat ihre Wachstumsprognosen erhöht. Für 2010 wird mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,9 Prozent gerechnet, im Juni waren noch 1,6 Prozent erwartet worden. 2011 wird das Wirtschaftswachstum mit 2,1 Prozent (Juni: 1,8) prognostiziert und 2012 sogar mit 2,3 Prozent (Juni: 2,1). Getragen wird der Aufschwung vor allem von den Exporten.



Grebe

Die Forderungen des Gesundheitsministers werden zum Teil EU-weit umgesetzt.

Meilenstein in der Lebensmittelkennzeichnung

Die EU-Gesundheitsminister haben eine verpflichtende Nährwerttabelle auf allen verpackten Lebensmitteln, eine fixe Mindestschriftgröße für diese Angaben sowie eine verpflichtende Herkunftsbezeichnung für Fleisch beschlossen. Weiters müssen Imitatprodukte klar erkennbar sein. Gesundheitsminister Alois Stöger: „Das ist echte Transparenz für Konsumenten.“

Peinliche FPÖ-Anbiederung an Kreisky

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter verwehrt sich anlässlich der sogenannten „Jerusalemser Erklärung“ namens der SPÖ gegen die Anbiederung der Strache-FPÖ an Bruno Kreisky. Kräuter: „Die FPÖ als Partei mit rechtsradikalem Rand, menschenfeindlicher Agitation und europafeindlicher Tendenz mit der österreichischen Sozialdemokratie und deren herausragenden Persönlichkeiten in Beziehung setzen zu wollen, richtet sich von selbst.“

Zitat der Woche

„Wir werden bei der Schulfrage in der Koalition um unsere Vorstellungen kämpfen. Ich bin davon überzeugt, dass sich dabei über die Parteigrenzen hinweg ein Konsens finden lässt.“

Bundeskanzler Werner Faymann

„Abzocke“ bei Molkereiprodukten

Die SPÖ will gegen Preisabsprachen im Handel mit Molkereiprodukten vorgehen.

Durch „skandalös überhöhte und volkswirtschaftlich äußerst schädliche Handelsspannen“ werden im Geschäft mit Milchprodukten vorbei an Produzenten und Konsumenten hinter den Kulissen hunderte Millionen gecashet, ist SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sicher. Besonders sichtbar werden die im Vergleich zu Deutschland extrem hohen Handelsspannen bei Schnittkäse und Kleinverpackungen – hier werden auf

den Einstandspreis noch 95 bis 110 Prozent aufgeschlagen. Die Handelsspanne macht somit rund die Hälfte des Verkaufspreises aus. Kräuter strebt nun ein gemeinsames Vorgehen der Regierungsparteien im Interesse der Konsumenten an.

NR-Abg. Günther Kräuter kann sich die hohen Handelsspannen nur durch Preisabsprachen erklären.



Fotolia



STANDPUNKT

Der vererbte Doktor und die Schule des Mittelmaßes

PISA-Studie 2009: Österreich stürzt weiter ab. Die soziale Herkunft ist ein entscheidender Faktor für den Schulerfolg. Warum wir keine Zeit mehr zu verlieren haben und 2011 das Jahr der Schulreform werden muss.



Fotolia

Nur ein Viertel der Kinder aus unteren Schichten besuchen eine Oberstufe, gegenüber 60 Prozent der Kinder aus höheren Bildungsschichten.

Es hätte gar nicht PISA gebraucht, um zu wissen, dass unser Schulsystem veraltet und ungerecht ist. Eigene Erfahrungen, Erfahrungen mit den eigenen Kindern, Expertenmeinungen und frühere Vergleiche zeigen deutlich: Unser Schulsystem ist für die neuen Anforderungen nicht gerüstet. Unseren Kindern werden die falschen Dinge beigebracht. Die soziale Herkunft wird (negativ) verstärkt statt ausgeglichen. Das Ergebnis ist eine Schule des Mittelmaßes.

Zur Frage, welche Schule für unsere Kinder die beste ist und wie wir zu dieser kommen, gibt es zahllose Studien, Expertenmeinungen und Arbeitsgruppen. Daher gibt es die Antwort schon, was zu tun ist. Die Positionen der beiden Regierungsparteien sind trotz allem seit Jahrzehnten nicht auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die Schule als ewiger Streitfall, der von kleinen Kompromissen lebt. Es gibt nicht mehr viele Politikfelder, die dermaßen intensiv ideologisch diskutiert werden wie die Bildung. Daher könnten die Antworten auf die Frage, was wir wollen, von SPÖ und Teilen der ÖVP unterschiedlicher nicht sein.

Wollen letztlich nicht alle das Beste für unsere Kinder? Nein, wir ziehen leider nicht alle an einem Strang. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung geht es darum, die am besten ausgebildeten Arbeitnehmer zu haben – sie sind in der Bildungsfrage unsere Bündnispartner. Teilen der ÖVP und Teilen der Lehrergewerkschaft geht es allein um Bestandswahrung. Der SPÖ geht es um Gerechtigkeit. Deshalb ist die Bildung zwischen fortschrittlichen und konservativen Kräften seit dem 19. Jahrhundert ein Streitfall. Die Konservativen setzen sich seit jeher mit Vehemenz dafür ein, den Kindern aus besserem Hause die „scheinbar“ besseren Schulen vorzubehalten.

Die Schule ist ein Politikfeld, auf dem die Interessen unterschiedlicher nicht sein könnten. Es ist jener Ort, wo Kompromisse fehl am Platz sind, weil Kompromisse zu dem geführt haben, was die österreichische Schule heute ist: Mittelmaß.

Alle österreichischen Privatschulen, vom Lycée bis zur Sir Karl Popper-Schule sind gemeinsame Mittelschulen und ganztägig. Für wichtige Teile der ÖVP ist es dennoch unvorstellbar, dass jeder das Recht hat, solche Schulformen besuchen zu können. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mädchen, dessen Eltern keine Matura haben, in eine AHS-Oberstufe kommt ist viel niedriger als jene eines Burschen, dessen Eltern Matura haben. Nur ein Viertel der Kinder aus unteren Schichten besuchen eine Oberstufe, aber über 60 Prozent der Kinder aus höheren Bildungsschichten.

Ist Bildung also genetisch vererbbar? Nein, genetisch natürlich nicht. In sozialer

Hinsicht aber sehr wohl. In bildungsreichen Familien wird mehr Zeit für die Bildung der Kinder verwendet. Die Schule wäre jener Ort, diese Tatsache zu kompensieren, um aus allen Kindern das Beste herauszuholen und Talente zu fördern.

„Die Schule ist jener Ort, wo Kompromisse fehl am Platz sind, weil Kompromisse zu dem geführt haben, was die österreichische Schule heute ist: Mittelmaß.“

Ein allseits bekanntes Beispiel ist die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, die von der ÖVP seit Jahrzehnten mit einer ordentlichen Portion Standesdünkel und gegen den Rat aller namhaften Experten als „Eintopfschule“ verunglimpft wird. Das ist Unfug und hat mit der Gegenwart und vor allem den Herausforderungen der Zukunft so gar nichts zu tun. Die Neue Mittelschule differenziert auch – aber nach Begabungen, Interessen, Neigungen – und nicht aufgrund der sozialen Herkunft. Dieses Blockieren hat lange Tradition, die Reformen gingen stets von der SPÖ aus. Die ÖVP wehrte sich lange gegen das verpflichtende vorschulische Bildungsjahr. Die Ganztagschule wurde jahrelang als „Zwang“ verteufelt, und auch die gemeinsame Lehrerausbildung könnte es schon längst geben.

Es darf in Schulfragen keine Kompromisse mehr geben. Um ans Ziel zu gelangen, brauchen wir jedoch das Engagement der Zivilgesellschaft, der Eltern, der Schüler, der fortschrittlichen Lehrer und all jener, denen 30 Jahre Kampf für eine moderne Schule schon jetzt viel zu lang sind. All jene, die wie wir ungeduldig sind, müssen aufstehen und Druck erzeugen. Wir müssen mobilisieren und dann die letzten Blockierer in der ÖVP überzeugen. Im internationalen Wettbewerb bleiben uns keine 30 Jahre mehr. ♦



Fotolia

Die schlechten PISA-Ergebnisse für Österreich lassen nur einen Schluss zu: Die Bildungsreform duldet keine Blockade, die Reformen müssen im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen entschlossen fortgesetzt werden.

BILDUNG

Nach PISA: Bildungsreformen entschlossen vorantreiben

Das schlechte Abschneiden Österreichs bei der PISA-Studie 2009 zeigt einmal mehr: Die SPÖ-Bildungsreform muss zügig fortgesetzt werden. Bildungsministerin Claudia Schmied setzt auf ein 10-Punkte-Programm für bessere Bildung.

„Einer der wichtigsten Bausteine für eine bessere Bildung ist die gemeinsame Schule, weil sie Chancengleichheit gewährleistet.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Die PISA-Studie 2009 stellt Österreich kein gutes Zeugnis aus. Besonders schwach sind Schülerinnen und Schüler bei der Leseleistung, dem Schwerpunkt bei der großen OECD-Studie 2009. Hier stürzt Österreich auf Platz 31 von 34 getesteten OECD-Ländern ab (siehe Kasten). Alarmierend ist der hohe Anteil an so genannten Risikoschülern: 28 Prozent der Getesteten können gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit nur unzureichend sinnerfassend lesen.

Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist angesichts der PISA-Ergebnisse klar: „Wir müssen den gemeinsamen Weg der Bildungsreform konsequent weiterführen und unsere Vorhaben entschlossen umsetzen. Und wir müssen für die Bildung einen Schulterschluss der konstruktiven Kräfte abseits parteipolitischer Taktik bilden.“ Auch Bundeskanzler Werner Faymann drängt auf rasche Schulreformen: „Es ist dringend notwendig, unsere Bildungsreform voranzutreiben. Konzepte sind genug gewechselt. 2011 muss das Jahr der Entscheidungen sein.“

Gemeinsame Schule vorantreiben

Der Bundeskanzler pochte neben der Verstärkung von Kinderbetreuung und Vorschule sowie dem Ausbau ganztägiger

Schulformen vor allem auf eine frühe Einführung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen. Faymann dazu: „Einer der wichtigsten Bausteine für eine bessere Bildung ist die gemeinsame Schule, weil sie Chancengleichheit gewährleistet.“ Daher ist der Ausbau der Neuen Mittelschule (ein wichtiger Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule) auch ein zentraler Punkt des 10-Punkte-Programms, das Ministerin Schmied vor kurzem präsentiert hat. Zu diesen zehn Handlungsfeldern zählen neben dem Ausbau der Neuen Mittelschule bereits begonnene Projekte wie das verpflichtende Kindergartenjahr, die kleineren Klassen, die Einführung von Bildungsstandards und die Stärkung der Verantwortung am Schulstandort (mehr zum 10-Punkte-Programm siehe Kasten). Für Ministerin Schmied ist klar: „Alle zehn Punkte müs-

sen Schritt für Schritt mit dem Mut zur Gleichzeitigkeit in dieser Legislaturperiode fortgesetzt und umgesetzt werden.“

Und auch SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas machte deutlich, dass wir uns keine weiteren Blockaden mehr leisten können. „Die ÖVP soll sich jetzt endlich einen Ruck geben und von der bildungspolitischen Bremse steigen“, so Rudas. Auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap plädierte für eine zügige Fortsetzung der von Ministerin Schmied gestarteten Schulreformen. Cap verwies hier auf Finnland, das bei PISA stets im Spitzenfeld liegt. Finnland habe das gegliederte Schulsystem entsorgt, in dem Kinder zu früh selektiert werden, so Caps Plädoyer für die gemeinsame Schule. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer warb ebenfalls für die gemeinsame Schule: „Wenn wir bei der Bildung den Anschluss an das europäische Spitzenfeld schaffen wollen, muss die ÖVP ihre Blockadehaltung end-

lich aufgeben. Ziel muss die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen sein.“

Gemeinsame Kraftanstrengung

In der Analyse der PISA-Resultate hob Ministerin Schmied drei Punkte hervor, die besonders zu denken geben. Zum einen gebe es große Leistungsunterschiede zwischen den einzelnen Schulstandorten. Zum anderen werde die Gruppe der Risikoschüler von Jahr zu Jahr größer. 75 Prozent davon sind einheimische Kinder, „also lassen wir aus diesem Thema keine Ausländerdebatte entstehen“, so Schmied. Bedenklich sei außerdem, dass „Herkunft in Österreich mehr zählt als Talent“. Bildung wird in Österreich nach wie vor vererbt, soziale Herkunft und Einkommen der Eltern haben großen Einfluss auf den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler. Angesichts dieser Befunde ist es umso wich-

„Wir müssen den gemeinsamen Weg der Bildungsreform konsequent weiterführen und unsere Vorhaben entschlossen umsetzen.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

tiger, bei den Schulreformen rasch in die Umsetzung zu kommen. „Es geht hier um ein Thema von nationaler Bedeutung, das größte gemeinsame Kraftanstrengung braucht“, so die Bildungsministerin. ♦

DIE ANTWORT AUF PISA

Das 10-Punkte-Programm für bessere Bildung

1. Sprachförderung bereits ab dem Kindergarten
2. Kleinere Klassen und Individualisierung im Unterricht
3. Zusätzliche Offensivmittel für Deutschförderung in städtische Schulen
4. Ausbau der Neuen Mittelschule
5. Ausbau der ganztägigen Schulangebote mit verstärkter Förderung
6. Investition in die Bildung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer
7. Einsatz der Bildungsstandards mit begleitender Feed-back-Kultur
8. Weiterentwicklung der österreichweiten Schulaufsicht in Richtung Qualitätsmanagement
9. Gezielte Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer, Einführung eines neuen, attraktiven Dienst- und Besoldungsrechts, mehr Eigenverantwortung am Schulstandort
10. Gesprächskultur mit den Schulpartnern und Bildungsverantwortlichen.



Präsentierten die Resultate der PISA-Studie 2009:
Bildungsministerin Claudia Schmied und BIFIE-Chef Günter Haider.

INFO

Wichtige Ergebnisse der PISA-Studie 2009

Das große OECD-Bildungsforschungsprogramm PISA (Programme for International Student Assessment) testete im Jahr 2009 Schülerinnen und Schüler aus 65 Ländern, darunter 34 OECD-Staaten. Getestet wurden 15- bis 16-Jährige Schüler (Jahrgang 1993) in den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaft und dem aktuellen Schwerpunkt Lesen. In Österreich nahmen 6.590 zufällig ausgewählte Schüler aus rund 280 Schulen aller Schultypen teil.

Beim **Lesen** liegt Österreich auf Platz 31 unter 34 OECD-Ländern. Besorgniserregend ist, dass es 28 Prozent so genannte Risikoschüler gibt, die gegen Ende der Pflichtschulzeit nicht ausreichend sinnerfassend lesen können.

Bei den Leistungen in **Mathematik** belegt Österreich Rang 18 und liegt mit 496 Punkten genau im OECD-Schnitt.

Im Bereich **Naturwissenschaft** erreichen unsere Schülerinnen und Schüler Platz 24.

Umfangreiche Informationen zu PISA und detaillierte Ergebnisse finden sich auf der Homepage des Bundesinstituts für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE) unter **www.bifie.at/pisa**.

BILANZ

Stabil.Gerecht.Modern – Zwei Jahre Regierung Faymann

Die Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann hat das Land erfolgreich durch die Weltwirtschaftskrise geführt. In den letzten beiden Jahren wurde Österreich sozialer, gerechter und moderner.



Dank der beiden Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete sowie Rekordinvestitionen in die aktive Arbeitsmarktpolitik zählt Österreich seit Monaten zu den Ländern mit der geringsten Arbeitslosigkeit.

Am 2. Dezember 2008 wurde die SPÖ-geführte Regierung angelobt und war mit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten konfrontiert. Zwei Jahre später kann man sehen: Bundeskanzler Werner Faymann hat unser Land sicher durch die Krise gelenkt. Andere EU-Staaten standen vor der Pleite oder müssen massiv Sozialausgaben kürzen. Bei uns sinkt die Arbeitslosigkeit, das Budget wurde sozial ausgewogen saniert, unser soziales Netz ist stabil und wurde in einigen Bereichen sogar ausgebaut.

Arbeitslosigkeit sinkt

Österreich zählt zu jenen Ländern, die die Krise in Hinblick auf den Arbeitsmarkt am besten gemeistert haben. Auch die Ausbildungsgarantie greift. Österreich zählt zu den Ländern mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit.

Mindestsicherung durchgesetzt

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung bietet nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ nicht nur Schutz vor Armut, sondern ist vor allem ein Sprungbrett zurück ins Arbeitsleben.

Pensionen wertgesichert

Für die SPÖ war es eine Verpflichtung, die Kaufkraft auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu sichern und Bezieher von kleinen und mittleren Pensionen die Teuerung abzugelten.

Bildungsreformen werden fortgesetzt

Der Ausbau von Ganztagschulplätzen und der Einsatz für die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen werden konsequent fortgesetzt. Soziale oder finanzielle Barrieren im Bildungsbereich wird es mit der SPÖ nicht geben.

Budget sozial ausgewogen saniert

Die auf Druck der SPÖ vorgezogene Steuerreform 2009 hat die Kaufkraft gestärkt und die österreichische Wirtschaft in der Krise stabilisiert. Die Budgetkonsolidierung 2011 – 2014 ist ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit: Zwei Drittel der rund 7 Mrd. Euro an neuen Einnahmen kommen von Banken, Spekulanten und Teilen der Wirtschaft.

Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Durch die Einführung des verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres für alle 5-Jährigen, den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und dem einkommensabhängigen Kindergeld wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert.

Der Patient im Mittelpunkt

Gruppenpraxen erleichtern Arztbesuche, Arzneimittel werden sicherer und die Finanzierung der Krankenkassen wurde nachhaltig abgesichert.

Verkehrssicherheitspaket

Höhere Strafen und längerer Führerscheinenzug für Raser und Alko-Lenker, verstärkte Kontrollen sowie verstärkte Bewusstseinsbildung sorgen für mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

Raschere Asylverfahren

Durch die Schaffung des Asylgerichtshofes werden Asylverfahren rascher bearbeitet. Ab 2013 werden alle erstinstanzlichen Zuständigkeiten für das Fremdenrecht im Bundesamt für Asyl und Migration gebündelt. Damit wird der Vollzug vereinheitlicht und beschleunigt.

Eingetragene Partnerschaft

Seit 2010 ist es möglich, dass Homosexuelle ihre Beziehung durch eine Verpartnerung offiziell besiegeln. Jahrzehntelanger Diskriminierung wurde damit ein Ende gesetzt. ♦

WEBTIPP

Eine ausführliche Bilanz der zwei Jahre Regierung Faymann gibt es online unter www.bilanz.spoe.at.

Siehe auch NetNews auf Seite 15

INTERVIEW

„2011 wird das Jahr der Bildungsreform“

Für Bundeskanzler Werner Faymann steht fest: Die Krise ist noch nicht überstanden. Im Interview mit „SPÖ Aktuell“ betont der SPÖ-Vorsitzende die Bedeutung einer gemeinsamen, starken Währung und warum er bei Vermögenssteuern und beim Kampf für bessere Bildung nicht lockerlassen wird.

„SPÖ Aktuell“: Herr Bundeskanzler, das konservative britische Wirtschaftsmagazin „Economist“ sorgt sich um die Entwicklung des Euro, lobt aber die stabile finanzielle Situation Österreichs. Hat der Euro Zukunft?

Werner Faymann: Ja. Es gibt keinen Grund für panische Reaktionen und Angstmache. Wir haben innerhalb der Eurozone viel erreicht. Wir haben eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine Währungspolitik, die auf Stabilität ausgerichtet ist.

Was hat Österreich besser gemacht als andere Länder?

Faymann: Wir haben rasch auf die Krise reagiert und konnten ihre Auswirkungen durch zwei Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete sowie öffentliche Rekordinvestitionen in die Infrastruktur geringer halten als andere Länder. Die Zahlen sprechen für sich. Ende September haben alle Wirtschaftsforscher ihre Prognosen zum zweiten Mal in diesem Jahr nach oben korrigiert. Zudem gehören wir seit Monaten zu den europäischen Spitzenreitern im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, auch bei den jungen Menschen. Im November konnten erstmals alle in der Krise verlorengegangenen Arbeitsplätze zurück gewonnen werden und wir konnten sogar einen Beschäftigungsrekord verzeichnen. Das beweist, dass wir das Land erfolgreich und unter Rücksichtnahme auf soziale Ausgewogenheit durch die Krise geführt haben. Der dem Parlament vorgelegte Haushalts-Vorschlag 2011 ist ein Sparbudget, ja, aber es ist ausgewogen.

In Österreich ist die Lage also besser als in anderen Ländern. Kann man somit sagen, dass die Krise überstanden ist?

Faymann: Nein, die Krise ist definitiv nicht vorbei. Viele Länder haben es noch nicht



Bundeskanzler Werner Faymann wird mit voller Kraft für die Einführung einer Vermögenssteuer ab einem Vermögen von einer Million Euro kämpfen.

geschafft, die Folgen zu bewältigen und was noch viel gefährlicher ist: Ihre Ursachen wurden noch nicht bekämpft. Festzuhalten ist jedenfalls, dass, um das Beispiel Irland heranzuziehen, die wirtschaftliche Schiefelage nicht aufgrund der dortigen Sozialpolitik, sondern durch verfehlte Finanz- und Bankenpolitik entstanden ist. Der Fall beweist abermals, dass es europaweit strengere Gesetze und verstärkte Wachsamkeit braucht. Also: eine neue Finanzmarktarchitektur, eigene Rating-Agenturen und schärfere Kontrollen. Und wir brauchen die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. Dafür werde ich auch weiterhin mit voller Kraft auf europäischer Ebene kämpfen. Um für den Ernstfall optimal gerüstet zu sein, müssen wir auch weiter an verbesserten Mechanismen für die Krisenbewältigung arbeiten.

Beim vorliegenden Budget konnten Sie den Koalitionspartner nicht von einer Vermögenssteuer überzeugen. Ist das Projekt „Millionärssteuer“ für diese Legislaturperiode gestorben?

Plambeck

„Die SPÖ hat die öffentliche Meinung auf ihrer Seite, um zentrale Reformen wie eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen und Ganztagschulformen voranzutreiben.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Faymann: Nein. Das Budget bringt einen Richtungswechsel bei vermögensbezogenen Steuern. Endlich müssen auch jene ihren gerechten Beitrag zur Krisenbewältigung leisten, die die Krise mitverursacht haben – Banken, Spekulanten und multinationale Konzerne. Und ich werde auch weiterhin für die Einführung einer Vermögenssteuer ab einer Million Euro im Rahmen einer Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode kämpfen. Eines steht aber fest: Es muss sich dabei um einen tatsächlichen Beitrag der Reichsten handeln. Die Mittelschicht, die Familie, die ein Haus besitzt, oder der kleine Landwirt, dürfen und werden davon nicht betroffen sein.

Stichwort PISA: Die aktuellen Ergebnisse stellen Österreich ja ein bedenklich schlechtes Zeugnis aus. Welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus für die Zukunft?

Faymann: 2011 muss das Jahr der Bildungsreform werden. Wir müssen die von Claudia Schmied begonnene Reform mit voller Kraft weiterführen. Die SPÖ hat die öffentliche Meinung auf ihrer Seite, um zentrale Reformen wie eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen und Ganztagschulformen voranzutreiben. Für uns als Sozialdemokraten steht fest: Jedes Kind muss in Österreich ohne Ausnahme die gleichen, die besten Bildungschancen erhalten. Wir wissen doch alle: Die Zukunft unseres Landes wird in den Klassenzimmern entschieden. Und wir können auf das Potential keines einzigen Kindes verzichten. ♦

WIRTSCHAFT

ÖVP soll Ausschreibung für ÖIAG-Chefposten zurückziehen

Die bevorstehende Ablöse des umstrittenen ÖIAG-Chefs Michaelis wäre der richtige Zeitpunkt, um die teure und sinnlose Institution ÖIAG endlich abzuschaffen.



Für die SPÖ hat die ÖIAG längst ihre Berechtigung verloren und sollte so rasch wie möglich aufgelöst werden.

Da Michaelis, der immer wieder unter Kritik stand, auf ein erneutes Antreten als ÖIAG-Vorstand verzichtet, wäre nun der richtige Zeitpunkt um veraltete Strukturen abzuschaffen und den

Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern so eine Menge Geld zu sparen. Die SPÖ-Bundesgeschäftsführer Laura Rudas und Günther Kräuter fordern daher Finanzminister Josef Pröll auf, die Ausschreibung für den ÖIAG-Chefposten zurückzuziehen und die Staatsholding endgültig aufzulösen. Angesichts des gegenwärtigen Spar-drucks ist die Auflösung der ÖIAG auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Für SPÖ-Nationalratsabgeordneten Günther Kräuter steht fest: „Michaelis hat eine Horrorbilanz zu verantworten. Angefangen von der Verschleuderung der Austria Tabak über das AUA-Desaster bis hin zu den skandalösen Beraterverträgen.“ Kräuter warnt davor, nun mittels teurer Beraterverträge einen Nachfolger für Michaelis zu suchen, da dies weitere Geldverschwendung wäre. Nun sei Pröll gefordert, die teuren Doppelstrukturen rasch abzuschaffen. Das wäre „ein Prüfstein für die Verwaltungsreform“, so Kräuter.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter

SPÖ-Nationalratsabgeordnete Laura Rudas kritisiert auch die Unverhältnismäßigkeit innerhalb der Staatsholding. Fünfzehn

Aufsichtsräte beaufsichtigen dort einen Vorstand, dessen einzige Aufgabe es ist, in den Aufsichtsräten der drei verbliebenen Beteiligungen zu sitzen. Aktuell hält die ÖIAG noch Beteiligungen an der Telekom Austria, der OMV und der Post. „Um die drei noch verbliebenen Beteiligungen kann sich Finanzminister Pröll selbst kümmern“, so Rudas. ♦

ORTSTAFELN

Breiter Kompromiss auf Schiene

Ein historischer Kompromiss zeichnet sich in der Ortstafelfrage ab – die gemeinsame Lösung mit Kärnten ist greifbar nahe.

Ein Ende des scheinbar unendlichen Ortstafelstreits in Kärnten ist in greifbare Nähe gerückt. Staatssekretär und zuständiger Verhandler Josef Ostermayer hatte sich mit Erfolg für eine Lösung, in die das Land Kärnten eingebunden ist, eingesetzt. Auch Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler zeigte sich zuletzt handlungswillig.

ÖVP auf Crash-Kurs

Der so erzielte Kompromiss sieht eine Lösung der Streitfrage bis 2012 vor. Man staunte daher nicht schlecht, als plötzlich auch die ÖVP eine „eigene Lösung“ zum Ortstafelstreit präsentierte. Eine Position, die sich im Wesentlichen mit den Plänen Ostermayers deckt, wurde präsentiert.



Zinner

Staatssekretär Ostermayer bereitet den Weg für einen historischen Kompromiss in der Ortstafelfrage.

Allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Man wolle die Lösung „notfalls auch ohne FPK“, die in Kärnten den Landeshauptmann stellt, verwirklichen. Ein

derartiges Vorgehen zu einem Zeitpunkt, an dem zum ersten Mal eine gemeinsame Lösung möglich scheint, bewertet SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas als kontraproduktives Ablenkungsmanöver: „Die ÖVP versucht mit solchen Scheinat-tacken von der eigenen Konzeptlosigkeit, etwa im Bildungsbereich, abzulenken.“

Faymann: Gegen „Drüberfahren“

Auch Bundeskanzler Werner Faymann sprach sich in der Ortstafelfrage gegen eine Politik des „Drüberfahrens“ aus. Ein etwaiges Verfassungsgesetz sei zwar in Wien zu beschließen, es müssen aber die Kärntnerinnen und Kärntner eingebunden werden, bekräftigte Werner Faymann den gemeinsamen Plan. ♦

Ratgeber

Demagogen entzaubern

Willy Mernyi und Michael Niedermair geben hilfreiche Tipps, wie man Demagogen im Betrieb, am Stammtisch oder bei öffentlichen Veranstaltungen entlarven kann.

Hetzer stoppen, Propaganda entlarven, Vorurteile entkräften – dieses Buch wendet sich an Menschen, für die Zivilcourage mehr ist als ein Schlagwort. Es ist für diejenigen, die am Stammtisch oder im Betrieb nicht mit den Wölfen heulen wollen und die nicht schweigen, wenn Hetzer loslegen. Man findet darin hilfreiche Infos und Tipps, wie man gegen Demagogen vorgehen und Vorurteile entkräften kann. Mernyi, Kampagnenleiter des ÖGB, und der Betriebsrat

Niedermair liefern dafür nicht nur eine reichhaltige Sammlung an Techniken der Gesprächsführung, sondern machen auch Mut, etwas zu tun. Sie erzählen von Menschen, die bereits sehr aktiv und erfolgreich darin sind, Demagogen zu entzaubern. Diese Erfahrungen dienen dazu, hilfreiche Methoden zu finden, um schwierige Gespräche über Vorurteile führen zu können und gleichzeitig demagogische, persönliche Attacken zu meistern. ♦

Erzählungen

Mit Kochlöffel und Staubwedel

Dieser Band sammelt Erzählungen von drei Frauen, die ihren Lebensunterhalt als Dienstmädchen und Köchinnen in fremden Haushalten verdienten.

Das 19. Jahrhundert wird auch als „Jahrhundert der Dienstmädchen“ bezeichnet. Noch um 1910 verdienten neun Prozent der erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt als Stubenmädchen, „Mädchen für alles“ oder Köchinnen in bürgerlichen und großbürgerlichen Haushalten. Drei von ihnen berichten in diesem Band über ihren Alltag als Dienstmädchen. Sie erzählen von langen und unregelmäßigen Arbeitszeiten,

schweren körperlichen Tätigkeiten, persönlichen Abhängigkeiten und mangelnder Privatsphäre. Die eigene Erwerbstätigkeit und das Leben in der Stadt ermöglichten den Frauen aber auch neue Freiräume und Horizonterweiterungen. Ihre Lebensgeschichten vermitteln ein eindrucksvolles Bild von den Arbeits- und Beziehungsverhältnissen städtischer Dienstmädchen und der Welt großbürgerlicher Haushalte. ♦

Biografie

Querdenker für eine andere Welt

Egon Matzner war ein weit über die Grenzen Österreichs hinaus geschätzter Ökonom, dessen Wirken sich aber nicht nur auf die Wirtschaft beschränkte.

Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer tiefen Krise. Ausgehend von den Finanzmärkten geraten immer mehr Staaten in ernsthafte Probleme. Egon Matzner, der 2003 verstorbene österreichische politische Ökonom, hat zu all dem schon zu Lebzeiten einiges zu sagen gehabt. Seine Analysen und Vorschläge scheinen heute von ungeahnter Aktualität. Matzner identifizierte bereits in den 60er-Jahren reale Probleme des westeuro-

päischen Wohlfahrtsstaats und unterbreitete Reformvorschläge. In der Zurückdrängung des öffentlichen zugunsten des privaten Profits einiger weniger sah Matzner zunehmend eine Gefahr für den Staat an sich, für Demokratie, für europäische Integration und für den Frieden. Als umfassend gebildeter Humanist befasste er sich auch mit Wissenschaftspolitik, dem Zustand der Linken im Allgemeinen und der SPÖ im Besonderen. ♦

☐ Stk.


W. Mernyi, M. Niedermair:
Demagogen entzaubern.
ÖGB Verlag, Wien 2010;
207 S., 19,90 €

☐ Stk.


Andrea Althaus (Hg.):
Mit Kochlöffel und Staubwedel.
Böhlau Verlag,
Wien/Köln/Wiemar 2010;
293 S., 24,90 €

☐ Stk.


Gabriele Matzner-Holzer:
Egon Matzner – Querdenker für eine andere Welt.
Czernin Verlag, Wien 2011;
224 S., 24,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



Änderungen des Organisationsstatutes

„SPÖ Aktuell“ veröffentlicht im Folgenden die Änderungen des Organisationsstatutes der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, beschlossen am 41. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. Juni 2010. Weiters werden erforderliche redaktionelle Änderungen in anderen Paragraphen angeführt.

Nachfolgende Bestimmungen des Statutes lauten zukünftig wie folgt:

Inhalt III.

Quotenregelung

Inhalt IV.

Gliederung der SPÖ Seite 12

Landesorganisation Seite 14

Außerordentlicher Bundesparteitag Seite 16

Inhalt V.

Sozialdemokratische Referate und Organisationen Seite 22

§ 5 (3), 2. Satz

Gegen solche Entscheidungen des Bezirksvorstandes steht dem Ortsausschuss (Sektionsausschuss) wie auch dem/der abgelehnten BewerberIn ein Berufungsrecht gemäss Abs. 2 zu.

§ 7 (4), letzter Absatz, 1. Satz

Die Vorwahlmodelle müssen die Einhaltung der im Parteistatut verankerten Quotenregelung gewährleisten.

§ 9

Jedem Mitglied wird empfohlen, seinem Beruf entsprechend der sozialdemokratischen Vertretungsorganisation, insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion im Österreichischen Gewerkschaftsbund oder dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband Österreich, anzugehören.

§ 16, Überschrift

Quotenregelung

§ 16 (3)

Jene Organe der SPÖ, die für die Erstellung von Wahlvorschlägen bzw. von Vorschlägen für KandidatInnenlisten verantwortlich sind, haben die in diesem Statut (§ 16 Abs. 2) festgelegte Quote einzuhalten. Die Erstellung ist verpflichtend mit der jeweiligen Frauenorganisation abzustimmen.

§ 16 (4)

Sowohl bei der Durchführung von Abstimmungen über Wahlvorschläge, wie bei der Durchführung von Vorwahlen und bei der Abstimmung über KandidatInnenlisten sind geeignete Vorsorgen zu treffen,

durch die – bei voller Wahrung der demokratischen Entscheidungsfreiheit von Delegierten bzw. Mitgliedern – die Einhaltung dieser Quote sichergestellt wird.

§ 16 (5)

Über die vorstehenden Bestimmungen hinausgehend, sind KandidatInnenlisten für öffentliche Mandate so zu erstellen, dass auf Bundes- und Landeslisten das Reißverschlussprinzip durchgehend Anwendung findet. Auf Gemeinde-, Bezirks- und/oder Regionalwahlkreislisten ist innerhalb der ersten Hälfte der Gesamtliste das Reißverschlussprinzip anzuwenden.

§ 16 (6)

Scheidet ein(e) MandatarIn, unabhängig aus welchem Grund aus, ist durch die Nachrückung sicherzustellen, dass die Einhaltung der Quote erhalten bleibt bzw. erzielt wird.

§ 16 (7)

Bei Verstößen gegen Abs. 2 bis 4 ist betreffend der Erstellung von KandidatInnenlisten wie folgt vorzugehen:

a)

Bei Wahlen zu einem Landtag ist die Landesliste so zu erstellen, dass der entsprechende Ausgleich auf den wählbaren Plätzen geschaffen wird.

b)

Bei Wahlen zum Nationalrat ist ein entsprechender Ausgleich auf den wählbaren Plätzen zuerst auf den Landeslisten sicherzustellen. Sollte dies nicht möglich sein, ist der entsprechende Ausgleich über die Bundesliste zu gewährleisten.

c)

Hat der Ausgleich über die Bundesliste zu erfolgen, so können aus dem betroffenen Bundesland bis zur Erfüllung der betroffenen Bestimmungen nur GenossInnen jenes Geschlechtes auf den wählbaren Plätzen Aufnahme finden, für die der Ausgleich geschaffen werden muss.

d)

Nicht betroffen von den Bestimmungen der lit. a) bis c) sind sozialdemokratische Mitglieder der Landes- und Bundesregierung.

§ 16 (8)

Die Einhaltung der vorstehenden Bestimmungen ist durch die jeweils zuständige Kontrollkommission zu überprüfen, welche darüber analog § 54 Abs. 3 letzter Satz schriftlich und mündlich berichtet. Falls der Bericht ergibt, dass die Quote nicht erfüllt ist, ist im Bedarfsfalle vom betroffenen Vorstand auch ein jährlicher Fortschrittsbericht zur Frauenförderung vorzulegen. Dem Vorstand der nächst höheren Organisationsebene ist darüber umgehend schriftlich und mündlich zu berichten. Weiters ist eine Übersicht (Frauen/Männer mit Prozentangaben in den einzelnen Gemeinderäten bzw. Wahlkreisen auf gewählten Plätzen) als schriftlicher Quotenbericht für die jeweilige Parteikonferenz oder –tag zu erstellen und aufzulegen.

§ 18 (6), 3. Absatz

Der Bundesparteivorstand hat diesen Antrag nach Beratung mit den Landesparteiorganisationen und unter Einhaltung der im Parteistatut verankerten Quotenregelung zu erstellen.

§ 20 (1)

Der Bundesparteivorstand hat das Recht, Beschlüsse über die Einhebung der Mandatsabgabe zu fassen.

§ 27 (6) a

Als willensbildende Organe die Mitgliederversammlung (in Ortsorganisationen gemäß § 27 Abs. 3 kann eine Delegiertenversammlung vorgesehen werden) und der Ortsausschuss (Sektionsausschuss);

§ 30 (3)

Grundsätzlich ist bei der Aufstellung der KandidatInnen für die Regionalwahlkreise zu den Nationalratswahlen die im Parteistatut verankerte Quotenregelung und eine 20prozentige Quote für zentrale Notwendigkeiten einzuhalten.

§ 31 (2) c

Die Teilnahme von VertreterInnen der Sozialdemokratischen Organisationen, insbesondere der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in allen Gremien und Organen.

§ 35 A(1), 2. Absatz

Die Bezirksorganisationen entsenden ins-

ationsstatutes der SPÖ

gesamt 350 Delegierte, wobei jeder Bezirk zunächst eine/n Delegierte/n stellt.

§ 35 A (7)

Sieben Delegierte und der/die KlubdirektorIn der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion.

§ 35 A (13)

Vier Delegierte des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich.

§ 35 A (15)

Vier Delegierte des Sozialdemokratischen LehrerInnenvereins Österreichs (SLÖ).

§ 35 A (22)

Zwei Delegierte der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratie & Homosexualität (SoHo)

§ 39

Der Bundesparteivorstand und der Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten und BundesrätInnen und EuropaparlamentarierInnen haben allen Delegierten spätestens eine Woche vor dem ordentlichen Bundesparteitag schriftliche Berichte zu übermitteln.

§ 40 (5), ab 2. Satz

Betrifft ein solcher Antrag eine Änderung des Organisationsstatuts oder des Partei- und Wahlfondsbeitrages, dann kann er nur zur Verhandlung gelangen, wenn der Bundesparteitag dies mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten beschließt. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung des Bundesparteitages, die mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten beschlossen bzw. geändert werden kann.

§ 43 (1), 3. Satz

In die Wahlkommission entsenden die Bundesfraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen und der Bundesfrauenvorstand je ein Mitglied.

§ 48 (2), 2. Satz

Der/die Bundesgeschäftsführer/in/Innen haben im Bundesparteivorstand Sitz und Stimme, auch wenn sie ihm nicht durch Wahl angehören.

§ 49 (5), 2. Satz

Für deren Tätigkeit ist/sind der/die Bundesgeschäftsführer/in/Innen dem/der Parteivorsitzenden und dem Bundesparteivorstand verantwortlich.

§ 51

Die Funktionsdauer des Bundesparteivorstandes und aller vom Bundesparteitag gewählten FunktionärInnen endet nach erfolgter Konstituierung des neugewählten Bundesparteivorstandes.

§ 53 (1), 2. Satz

Dieser Satz war in der bisher gültigen Version irrtümlich doppelt dargestellt. Daher erfolgt die erforderliche redaktionelle Korrektur.

§ 54 (3), 4. Satz

Sie überprüft die Einhaltung der Quotenregelung gemäß § 16 und erstattet dazu den Bericht in den jeweiligen Gremien.

§ 56 (2) a

Die gewählten Mitglieder des Bundesparteivorstandes, die Mitglieder der Kontrollkommission, die vom letzten Bundesparteitag gewählten Mitglieder der Wahlkommission, der Antragskommission und der Mandatsprüfungskommission, der/die Bundesgeschäftsführer/in/Innen und die in § 48 Abs. 6 angeführten Personen, soweit sie nicht schon vorstehend benannt wurden;

§ 56, 1. Absatz nach d

Diese entsenden: Je eine(n) Delegierte(n): SPÖ-Bauern, Sozialdemokratischer LehrerInnenverein Österreichs, Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs, Aktion Kritischer SchülerInnen,

§ 56, 2. Absatz nach d

Je zwei Delegierte: Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreich, Sozialistische Jugend Österreichs, Österreichische Kinderfreunde, Bund Sozialdemokratischer Akademikerinnen und Akademiker, Intellektueller, Künstlerinnen und Künstler, sozialdemokratische Parlamentsfraktion, Bundesbildungsausschuss, Bundesarbeitsgemeinschaft „Junge Generation“, Naturfreunde Österreichs, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratie & Homosexualität (SoHo).

§ 59 (2) c

Die Mitglieder des Bundesfrauenvorstandes und deren Geschäftsführerin.

§ 59 (2) e

25 Delegierte als Vertreterinnen der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB.

§ 59 (2) g

Als Gastdelegierte mit beratender Stimme, die Landesgeschäftsführerinnen/-sekretärin, sofern sie nicht ordentlich Delegierte sind.

§ 61 (1)

Für die Parteitätigkeit im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit sorgt die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund (kurz FSG).

§ 61 (2)

Die FSG setzt sich im Österreichischen Gewerkschaftsbund, in den Belegschaftsvertretungen, in den Arbeiterkammern und den selbstverwalteten Einrichtungen der Sozialpolitik sowie in der Öffentlichkeit auf der Grundlage des Programms der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) für die Anliegen und Interessen der unselbstständig beschäftigten Menschen und diesen nahestehender Gruppen (insbesondere Menschen in Ausbildung, Arbeitslose, PensionistInnen und arbeitnehmerInnenähnliche Personen) ein.

§ 61 (6)

Die Zusammenarbeit zwischen Partei und FSG auf Bundes-, Landes-, Bezirks- und Ortsebene erfolgt entsprechend der Statuten der FSG und den Geschäftsordnungen der Landesorganisationen, insbesondere durch gegenseitige Delegation.

§ 65 (2)

Die Parteitätigkeit für SchülerInnen leistet die „Aktion Kritischer SchülerInnen“ (AKS), wobei diese Arbeit in Koordination mit der „Sozialistischen Jugend“ erfolgt.

§ 67 (1)

Bezirks- und Ortsorganisationen, letztere nur im Namen und im Auftrag ihrer Bezirksorganisation, dürfen wirtschaftliche Unternehmungen welcher Art immer, insbesondere auch ArbeiterInnenheime, Parteikinos usw., nur mit Zustimmung des Landesparteivorstandes errichten und sich nur mit Zustimmung des Landesparteivorstandes an der Errichtung und an dem Betrieb solcher Unternehmungen beteiligen.

§ 77 (3)

Dieser Punkt entfällt ersatzlos!

§ 77 (4)

Wird nun zu (3)

Die Landesparteistatuten sind mit den Bestimmungen dieses Statuts beim nächsten Landesparteitag, spätestens aber innerhalb von zwei Jahren in Einklang zu bringen.

§ 77 (5)

Wird nun zu (4)

Bei Entscheidungen, die in Landesorganisationen zwischen dem Inkrafttreten dieses Statutes und der Anpassung der Landesparteistatuten erforderlich werden, entscheidet der jeweilige Landesparteivorstand darüber, ob das noch gültige Landesparteistatut oder das neu formulierte Bundesparteistatut sinngemäße Anwendung zu finden hat.

SOZIALISTISCHE JUGEND

Wolfgang Moitzi als Vorsitzender bestätigt



Jungsozialisten aus ganz Österreich trafen sich in der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten, um die politischen Weichen für die kommenden zwei Jahre zu stellen.

Die rund 250 Delegierten des 33. ordentlichen Verbandstags der Sozialistischen Jugend Österreich (SJÖ) haben ihren amtierenden Vorsitzenden Wolfgang Moitzi im Amt bestätigt. Der 26-jährige Steirer kann sich über ein Traumergebnis freuen: 92,17 Prozent der Delegierten gaben ihm ihre Stimme. Moitzi im Rückblick auf die Arbeit der vergangenen Jahre: „Die SJ hat sich als schlagkräftige, kampagnenfähige Massenorganisation mit klaren Inhalten und Positionen bewährt.“ Inhaltlich setzten sich die Jungsozialisten auf ihrem Verbandstag vor allem mit Fragen der Vertei-

lungsgerechtigkeit und Jugendpolitik auseinander. Als Höhepunkt des kommenden Jahres wurde das Summercamp der internationalen sozialistischen Jugendorganisationen (IUSY) angekündigt, das Ende Juli in Österreich organisiert wird.

Wohl prominentester Gratulant Moitzis ist SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann. „Das Wahlergebnis zeigt, dass Moitzi auf breite Unterstützung innerhalb der Sozialistischen Jugend zählen kann“, so Faymann. Er besuchte den Verbandstag auch persönlich, um in einem Gastreferat zu europapolitischen Fragen Stellung zu nehmen. „Die Vision eines sozialen und fairen Europas ist die ehrlichste Antwort, die ein Sozialdemokrat auf die Frage nach einer gerechten Welt geben kann“, so Faymann. Im Anschluss



Der 26-jährige Steirer Wolfgang Moitzi wurde mit 92,17 Prozent als Verbandsvorsitzender bestätigt.

hatten die SJ-Delegierten die Möglichkeit, mit Faymann aktuelle politische Themen – von der Budgeteinigung bis hin zu Reformen im Bildungssystem – zu diskutieren. ♦

BURGENLAND

Pflege: Ausbildungsoffensive geht weiter



Das Land Burgenland wird eine Pflegehelferausbildung mit rund 9,7 Millionen Euro aus Landesmitteln finanzieren.

„Damit haben wir sichergestellt, dass der Bedarf an Fachpersonal im Pflege- und Gesundheitsbereich auch in Zukunft gedeckt werden kann“, erklärt das zuständige Regierungsmitglied, Sozial- und Gesundheitslandesrat Peter Rezar. Das Burgenland ist vom steigenden Anteil der älteren Generation an der Gesamtbevölkerung besonders betroffen. „Um diesen Anforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich auch in Zukunft gerecht zu werden und den guten Qualitätsstandard im Burgenland zu halten, müssen wir weiterhin dafür Sorge tragen, dass genügend Fachpersonal ausgebildet wird“, so Rezar. ♦



SPÖ Burgenland

Sozial- und Gesundheitslandesrat Peter Rezar: „Der Bedarf an Fachpersonal im Pflege- und Gesundheitsbereich ist auch in Zukunft gedeckt.“

VSStÖ

„Sozialforum.cc“ online



Das Internetforum des „Verbands Sozialistischer Student_innen“ (VSStÖ) bietet wertvolle Tipps zum Thema Beihilfen und Studium.

Das Sozialforum soll eine österreichweite Anlaufstelle für alle Probleme und Fragen rund ums Studium sein. Schwerpunkte sind hierbei die Themen Familien- und Studienbeihilfe sowie Studiengebühren. „Das Forum wird von VSStÖ-Expertinnen und -Experten betreut und garantiert so eine professionelle Auskunft und Information für die Studierenden“, so Stefanie Grubich, Bundesvorsitzende des VSStÖ. Mit dem Internetforum wird das breit angelegte Beratungsangebot, bestehend aus Broschüren, Sozial-Shortcuts und Beratungstelefon, um eine weitere schnelle Informationsquelle erweitert. ♦



Universität Innsbruck

Auf „sozialforum.cc“ finden Studierende wertvolle Informationen rund um Studien- und Familienbeihilfen.

WIEN

Österreichweit höchste Mindestsicherung für Kinder



Armutsbekämpfung spielt für die Wiener SPÖ eine ganz besondere Rolle. Wer in Wien Hilfe braucht, bekommt sie auch. Deswegen gibt es seit 1. September auch die „Wiener Mindestsicherung“. Sie bringt finanzschwachen Familien und vielen Alleinerziehenden enorme Erleichterungen.

„Wien ist die Sozialhauptstadt Österreichs. Deshalb sind wir bei der Einführung der Mindestsicherung selbstverständlich dabei geblieben, die sogenannte Dauerleistung 14 Mal jährlich auszubezahlen“, so Sozialstadträtin Sonja Wehsely. Um die finanzielle Situation von einkommensschwachen Familien mit Kindern, insbesondere von Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien, zu verbessern, setzt die Stadt nun einen weiteren Meilenstein.

Kinder maximal absichern

Ab 1. März 2011 erhöht Wien den Zuschuss für minderjährige Kinder von Bezieherinnen und Beziehern der Mindestsicherung um 50 Prozent. Das heißt: Statt 134 Euro gibt es pro Kind dann 203 Euro zusätzlich zur Unterstützung der Eltern. „Das ist in Österreich der absolute Spitzenwert“, zeigt sich Wehsely stolz auf den Ausbau des sozialen Netzes in der Bundeshauptstadt.

100 Euro Heizkostenzuschuss

An sich deckt die Wiener Mindestsicherung auch die Heizkosten ab. Für die Wiener SPÖ steht jedoch fest: Die Krise ist längst noch nicht vorüber. Aus diesem Grund wird auch heuer wieder ein Heizkostenzuschuss in Höhe von 100 Euro ausbezahlt. ♦



Bilderbox

Wien erhöht die Mindestsicherung für einkommensschwache Familien. Davon profitieren vor allem Alleinerziehende und Mehrkindfamilien.

SALZBURG

Mehr Mitsprache durch Online-Petitionen



Die SPÖ Salzburg macht sich für eine unkomplizierte und zeitgemäße Einbindung der Bürger stark.

„Einfach, zeitgemäß und barrierefrei“ – so stellen sich SPÖ-Petitionssprecherin Rosa Lohfeyer und LAbg. Niki Solarz die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die Alltagspolitik vor. Sie fordern, dass sich die Menschen mit elektronischen Petitionen noch einfacher mit ihren Bitten, Anliegen und Beschwerden an die Gesetzgebung wenden können. Zu diesem Zweck soll der Nationalrat nach bundesdeutschem Vorbild ein Testmodell für Online-Petitionen einrichten und bei erfolgreicher Testphase nach einem Jahr dauerhaft anbieten. Für diese Forderung konnte die SPÖ im Landtag breite Zustimmung gewinnen. ♦



SPÖ

Für einen direkten Draht zum Nationalrat setzen sich NR-Abg. Rosa Lohfeyer und Salzburgs SP-Jugendsprecherin Niki Solarz ein.

NIEDERÖSTERREICH

Ratgeber für sichere Internetnutzung präsentiert



Eine Broschüre und eine Homepage liefern Tipps und Hilfestellungen zu den Themen Jugendschutz, Cyber-Mobbing, Online-Shopping und Medienerziehung.

„Die Initiative zielt darauf ab, Kindern und Jugendlichen, sowie Eltern und Lehrenden einen Ratgeber und Leitfaden für sichere Internetnutzung anzubieten“, erläutert Landeshauptmann-Stellvertreter und Konsumentenschutzreferent Sepp Leitner die Initiative. Neben der Broschüre, die in einer Auflage von 10.000 Stück produziert wird, wurde auch eine eigene Homepage eingerichtet. Sie kann unter



www.saferinternet.at angesurft werden. Die Informationsbroschüren werden über die Elternvereine verteilt und auf Gemeindeämtern aufgelegt. Weiters kann sie auf der Homepage heruntergeladen werden. ♦

Konsumentenschutzreferent LH-Stv. Sepp Leitner: „Das Internet eröffnet viele Chancen, birgt aber auch nicht zu unterschätzende Risiken.“



Spöla

QUERGESCHRIEBEN

Mehr Unterstützung für unserer wirtschaftliches Rückgrat

Kleine und mittlere Unternehmen und Ein-Personen-Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dieses gilt es zu stärken: im Bereich der Arbeitslosenversicherung genauso wie im Bereich der Kosten für Aus- und Weiterbildung.



Kleine und mittlere Unternehmen sind der Motor für Beschäftigung und Wachstum.

90 Prozent der 400.000 österreichischen Unternehmen sind Klein- und Mittelunternehmen (KMU) mit bis zu zehn Beschäftigten. Die Hälfte der österreichischen Unternehmen sind Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Anhand dieser Zahlen ist zu erkennen, welche Bedeutung KMUs und EPUs haben: Sie bilden die Grundlage für Wachstum und Arbeitsplätze in Österreich. Es ist daher für die Weiterentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zentral, welche politischen Positionen wir hier einnehmen und mit welchen Maßnahmen wir diese in Zukunft untermauern werden. Vorab zu sagen ist dabei, dass Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht als getrennte Felder betrachtet werden dürfen, sondern als engverzahnte Bereiche, die in ständiger Wechselwirkung zu einander stehen. Vor allem im Bereich der sozialen Absicherung kommt dies deutlich zu tragen. Es ist dringend notwendig, dass ein einheitliches Beitragssystem für das bestehende solidarische Sozialsystem geschaffen wird. Das bedeutet, dass alle Beschäftigten – un-

abhängig davon, ob unselbstständig oder selbstständig beschäftigt – ihren Beitrag zum solidarischen System der Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung leisten, um auch eine einheitliche soziale Absicherung genießen zu können.

Abschaffung der Selbstbehalte

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung darf hier allerdings nicht auf die Aufhebung der Beitragsgrundlage vergessen werden. Damit einher muss auch die Abschaffung der Selbstbehalte bei den diversen Kassen gehen. Gleichzeitig ist es dringend notwendig, Unternehmerinnen und Unternehmen bei dem finanziellen und organisatorischen Aufwand, der durch Krankheitsfälle entsteht, verstärkt zu unterstützen (Wiedereinführung des Entgeltfortzahlungsgesetzes). Denn die kleinen Unternehmen sind vom Ausfall einer/s Beschäftigten viel stärker betroffen, als große Konzerne. Die Krankheitstage dann auch noch selbst bezahlen zu müssen, bedeutet für KMUs riesige finanzielle Herausforderungen.

„Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dürfen nicht als getrennte Felder betrachtet werden, sondern als engverzahnte Bereiche.“

Auch im Bereich Aus- und Weiterbildung sind für KMUs und EPUs wichtige Maßnahmen ausständig. Dies betrifft vor allem die Rückerstattungskosten von Ausbildungen, die wiederum kleine Unternehmen vor wesentlich größere Herausforderungen stellen als große. Daher ist ein Wegfall der Kostenrückerstattung ein wichtiger Schritt in Richtung betriebliche Ausbildungen und damit zur Weiterentwicklung der Unternehmen.

Faktor Arbeit entlasten

Österreich hat ein dichtes soziales Netz mit einer Vielzahl an Geld- und Sachleistungen, die es auch für die bevorstehenden Jahre abzusichern gilt. Dafür ist es notwendig, das bestehende Steuersystem, mit seiner hohen Besteuerung des Faktors Arbeit, effizienter und vor allem gerechter zu gestalten. Mit einer Besteuerung der erwirtschafteten Wertschöpfung – statt lediglich der Lohn- und Gehaltssummen – käme man einer gerechten Verteilung und der Wahrung des solidarischen Systems einen großen Schritt entgegen. Als Bemessungsgrundlage muss ein großer Teil des BIP herangezogen werden. Dies würde nicht nur den Faktor Arbeit entlasten und die Flucht in prekäre Beschäftigungsverhältnisse stoppen, sondern auch eine robuste Finanzierung des Sozialstaates darstellen. ♦

Christoph Matznetter ist SPÖ- Bereichssprecher für Wirtschaft, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich.

TERMINKALENDER

2. 12. 2010 – 30. 6. 2011

Ausstellung

Anlässlich des 100. Geburtstags des legendären Bundeskanzlers Bruno Kreisky am 22. Jänner 2011 präsentiert die Dauerausstellung „Das Rote Wien“ im Waschsalon im Karl-Marx-Hof seit 2. Dezember eine Hommage in Kooperation mit dem Bruno Kreisky Archiv. Gezeigt werden Fotos, Briefe und Dokumente aus dem persönlichen Nachlass Bruno Kreiskys, die seine politische Sozialisation, sein Wirken in der Ersten Republik und die Zeit des schwedischen Exils beleuchten. Achtung: In der Zeit von 23. 12. 2010 bis 9. 1. 2011 hat die Dauerausstellung geschlossen. Mehr Informationen: www.dasrotewien-waschsalon.at

Öffnungszeiten:

Do 13-18 Uhr, So 12-16 Uhr,

sowie nach Voranmeldung

Waschsalon Nr. 2, Karl Marx-Hof,

Halberaugasse 7, 1190 Wien

Eintritt: 3 Euro (Erwachsene)

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Theresa Aigner, Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: Leykam Druck, W. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

Dienstag, 14. 12.

Podiumsgespräch

Das Renner-Institut veranstaltet in Kooperation mit der Britischen Botschaft in Wien ein Podiumsgespräch unter dem Titel „Großbritannien und die EU“ mit dem britischen Botschafter Simon Smith und dem Direktor des Renner-Instituts, Karl A. Duffek. Das Gespräch wird in deutscher und englischer Sprache geführt und simultan übersetzt. Um Anmeldung wird gebeten:

Renner Institut, Fax 01-804 08 74 oder

post@renner-institut.at

Beginn: 18 Uhr

Renner-Institut, Bruno-Kreisky-Saal,

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf (Hotel 1),

Hoffingergasse 26-28,

1120 Wien

Dienstag, 14. 12.

Podiumsdiskussion

Unter dem Titel „Superg'scheit, aber unterbezahlt“ diskutiert Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit Johann Kalliauer, Präsident der Arbeiterkammer OÖ, und Michaela Keplinger-Mitterlehner von der Raiffeisenlandesbank OÖ im ORF-Publikumsstudio in Linz, warum Frauen trotz besserer Ausbildung weniger verdienen als Männer. Um Anmeldung wird gebeten:

ORF Kundenservice, 0732/666 952 oder

service.ooe@orf.at

Beginn: 19.30 Uhr

ORF Publikumsstudio,

Europaplatz 2,

4020 Linz

Montag – Samstag,
bis 31. 12. 2011

Punschstand der Volkshilfe Wien

Die Volkshilfe Wien lädt herzlich zu einem vorweihnachtlichen Punschtrinken und gemütlichen Beisammensein.

Dabei hilft jeder Schluck Menschen in Not. Der Erlös aus dem Verkauf des Punschkes kommt zur Gänze der Sozialberatung der Volkshilfe Wien zugute. Damit wird der Kampf gegen Armut in Wien unterstützt.

Mo – Sa von 15-20 Uhr

Vor dem Millenium-Tower,

U6-Station Handelskai,

1200 Wien

Freitag, 17. 12.
und Samstag, 18. 12.

Kritische Literaturtage

Zum ersten Mal veranstaltet der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) die „Kritischen Literaturtage“ (KriLit), eine Literaturmesse abseits des kommerziellen Mainstreams. Ziel der Messe ist es, Verlage mit alternativen, gesellschafts- und sozialkritischen Büchern, insbesondere unabhängige und kleine Verlage, zu unterstützen, indem sie ihr Sortiment bewerben und verkaufen können. Nähere Informationen zum Programm gibt es unter www.krilit.at.

Beginn: 10 Uhr

ÖGB, Johann Böhm Platz 1,

(U2 Donaumarina)

1020 Wien

NET NEWS

www.bilanz.spoe.at

2 Jahre Regierung Faymann: Stabilität, Modernität, Gerechtigkeit

2008 trat die SPÖ-geführte Regierung an, um Österreich sozialer, gerechter und moderner zu machen. Keine leichte Aufgabe, denn das Land befand sich damals inmitten der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Doch unter Bundeskanzler Werner Faymann gelang es, Österreich sicher aus der Krise zu führen. Heute ist klar: Zwei Jahre Regierung Faymann bedeuten Stabilität, Gerechtigkeit, Modernität. Eine ausführliche Bilanz über die

letzten zwei Jahre findet sich ab sofort online. Von Arbeit über Bildung und Soziales bis hin zu Verwaltung – die Bilanz-Seite der SPÖ gliedert sich übersichtlich in die verschiedenen Ressorts, auf den Unterseiten erhält man einen Überblick über die jeweiligen gesetzten Maßnahmen, beschlossenen Gesetze und anderen Erfolge. Jede Unterseite bietet außerdem eine Sammlung von nützlichen Links mit weiterführenden Informationen.





Zauberhaft

Der bunt geschmückte Weihnachtsbaum, der in der Säulenhalle des Parlaments für vorweihnachtliche Stimmung sorgt, kommt dieses Jahr aus der Buckligen Welt. Die zehn Meter hohe und 600 Kilogramm schwere Fichte wurde von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer übernommen.



Heldenhaft

Erstmals gab es bei der Verleihung der Statue „Soldier of the Year“ die Kategorie „Grundwehrdiener des Jahres“. Verteidigungsminister Norbert Darabos ehrte die Rekruten Benjamin Koller und Bernhard Schönthaler, die durch rechtzeitige Reanimation das Leben eines Unteroffiziers retteten.



Schmackhaft

Mit der „Lebensmittelcharta“ setzt sich Gesundheitsminister Alois Stöger für bessere Lebensmittelkennzeichnung ein. Auch die Wiener Konsumentenschutzstadträtin Sandra Frauenberger unterstützt die Initiative, die u.a. ein Gütezeichen „gentechnikfrei“ fordert.